

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Politische Indoktrinierung und exekutive Übergriffe an Schulen beenden – Beutelsbacher Konsens einhalten

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest, dass

1. insbesondere die Schulen vor dem Hintergrund der forcierten Kampagne gegen Andersdenkende und der Opposition einer zunehmenden ideologisch akzentuierten Indoktrinierung ausgesetzt sind, die den Beutelsbacher Konsens entscheidend gefährdet.
2. der durch die Schulleitung veranlasste Einsatz der Polizei am 27. Februar 2024 am Richard-Wossidlo-Gymnasium in Ribnitz-Damgarten auf signifikante Weise offenbart, inwiefern die Landesregierung gegenwärtig bereit ist, Grenzen in einer Weise zu überschreiten, die Schülerinnen und Schüler aus politischen Gründen bloßstellt und sie in ihrem seelischen Wohlergehen gefährdet, indem sie diese Missgunst und Mobbing aussetzt.
3. einem so unverhältnismäßigen wie übergriffigen Vorgehen wie am Richard-Wossidlo-Gymnasium in Ribnitz-Damgarten künftig aufmerksam und verantwortungsvoll vorzubeugen ist.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. Schulämter und Schulleitungen dezidiert darauf hinzuweisen, dass der Beutelsbacher Konsens nach wie vor in vollem Umfang innerhalb des Unterrichts- und Erziehungsprozesses einzuhalten und die Schule von politischer Polarisierung freizuhalten ist.
2. dass Schülerinnen und Schüler hinsichtlich ihrer religiösen und politischen Orientierung Meinungsfreiheit genießen und keinerlei gegen sie gerichtete Maßnahmen zu befürchten haben, solange sie sich im Bereich der zu gewährenden Grundrechte und auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen.
3. zu klären, wer genau den Polizeieinsatz und das Verfahren gegenüber der Schülerin am Richard-Wossidlo-Gymnasium in Ribnitz-Damgarten ausgelöst und zu verantworten hat und inwiefern dies gegebenenfalls disziplinarische Konsequenzen haben muss.

4. zu prüfen, in welchen Fällen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Bildung und Kindertagesförderung ähnliche Maßnahmen gegenüber Schülerinnen und Schülern erfolgten, und die Verantwortlichkeiten dafür zu klären.

Nikolaus Kramer und Fraktion